

**Dieter Dohmen
Roman Fischer**

**Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita
bis zur Weiterbildung – Deutschland, Österreich
und die Schweiz im internationalen Vergleich**

FiBS-Forum Nr. 47

Berlin, September 2010

ISSN 1610-3548



**LEBENS
LERN
FORUM**

© 2010 Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin

Nachdruck und Vervielfältigung – auch auszugsweise – sowie Weitergabe bzw. Verkauf sind nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Verfasser gestattet.



**Forschungsinstitut für
Bildungs- und Sozialökonomie
Institute für Education and Socio-
Economic Research**

**Reinhardtstr. 31 – 10117 Berlin
Tel.: 030/8471223-0 – Fax: 030/8471223-29**

E-mail: fibs@fibs.eu

URL: www.fibs.eu

Gliederung

1. Einleitung.....	4
2. Der Bildungsstand der deutschen, österreichischen und schweizerischen Bevölkerung im internationalen Vergleich.....	4
3. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP.....	7
4. Die Finanzierung der einzelnen Bildungsbereiche und ihre Verteilungswirkungen.....	9
4.1 Der Kita-Bereich	9
4.2 Die allgemeinbildenden Schulen	11
4.3 Die berufliche Bildung	15
4.4 Die Hochschule.....	16
4.5 Die Weiterbildung	20
5. Zusammenfassung: Bildungsfinanzierung von der Kita bis zur Weiterbildung	22
Literatur.....	26
Abbildungsverzeichnis	
Abbildung 1: Bildungsstand der Erwerbsbevölkerung	5
Abbildung 2: Entwicklung des Anteils an Tertiärqualifizierten an der Erwerbsbevölkerung nach Alterskohorten	6
Abbildung 3: Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bildungsniveaus	8
Abbildung 4: Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Zeitverlauf	8
Abbildung 5: Kita-Ausgaben je Kind (in US-Dollar KKP)	10
Abbildung 6: Finanzlastverteilung im Elementarbereich in ausgewählten Ländern.....	10
Abbildung 7: Finanzierungsverteilung der Primarstufe.....	12
Abbildung 8: Finanzierungsverteilung der Sekundarstufe I	13
Abbildung 9: Finanzierungsverteilung der Sekundarstufe II	14
Abbildung 10: Entwicklung der Ausgaben je Schüler/in von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II.....	15
Abbildung 11: Lehrbezogene Hochschulausgaben je Studierende(n) (ohne FuE).....	17
Abbildung 12: Finanzierungsverteilung im Hochschulbereich in ausgewählten Ländern.....	19
Abbildung 13: Öffentliche Kosten verschiedener Bildungsabgänger	24

1. Einleitung

In Deutschland – wie in vielen Ländern – hat die Diskussion über die Finanzierung des Bildungssystems eine lange Tradition. Auch in Österreich und der Schweiz ist Bildungsfinanzierung, insbesondere mit Blick auf das lebenslange Lernen, ein wichtiges Thema. Allerdings beschränkt sich die Auseinandersetzung bislang meist auf einzelne Bildungsbereiche. D. h. entweder wird die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen, der Schulen, der Hochschulen, der Berufs- oder der Weiterbildung diskutiert und reformiert, nicht jedoch das Gesamtsystem von der Kita bis zur Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens.

Der vorliegende Beitrag geht einen Schritt weiter und thematisiert die Finanzierung der Bildungsbereichsübergreifend, d. h. von der „Wiege bis zur Bahre“.¹ Im folgenden Kapitel werden – immer bezogen auf Deutschland, Österreich und die Schweiz – nach einem Blick auf den Bildungsstand der Bevölkerung und den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt zunächst die Finanzierungsstrukturen einschließlich der Finanzlastverteilung sowie der Nutzungsstrukturen nach Bildungsbereichen getrennt dargestellt. Darüber hinaus werden die Befunde in den internationalen Kontext auf der Basis der OECD-Indikatoren eingeordnet. Dies führt nicht nur die Betrachtungen der einzelnen Bildungsbereiche komparativ zusammen, sondern ermöglicht auch eine transparente Gesamtübersicht der jeweils landesspezifischen Bildungsfinanzierungssysteme. Diese Darstellung erlaubt weitreichende Analysen und Schlussfolgerungen, die der aktuellen Notwendigkeit dienen, Lösungen für die Finanzierung des lebenslangen Lernens zu finden.

2. Der Bildungsstand der deutschen, österreichischen und schweizerischen Bevölkerung im internationalen Vergleich

Betrachtet man den Bildungsstand der Bevölkerung anhand der drei wesentlichen Qualifikationsgruppen – Personen mit höchstens Sekundarstufe I-Abschluss (Haupt- oder mittlerer Schul/Volksschulabschluss), Personen mit Sekundarstufe II-Abschluss (Abitur/Matura und Berufsausbildung) sowie Tertiärabschluss² –, dann zeigt sich, dass Österreich, Deutschland und die Schweiz im internationalen Vergleich ein ambivalentes Bildungsniveau aufweisen. Österreich hat mit 18 % nach Italien (14 %) den niedrigsten Anteil an Tertiärabsolvent/innen. Deutschland liegt mit 24 % unmittelbar davor. Die

¹ Für ähnliche Ansätze in Deutschland siehe Sachverständigenrat Bildung (1998), Ehmann (2001) und Dohmen (2004a, 2004b, 2005a).

² Der Tertiärabschluss umfasst neben dem Hochschulstudium in allen drei Ländern auch die Meisterprüfung bzw. vergleichbare Abschlüsse; in den meisten anderen Ländern fallen Hochschulstudiengänge mit weniger als drei Jahren Studiendauer in diese Kategorie.

Schweiz weist mit 31 % hingegen einen Wert knapp unterhalb des OECD-Durchschnitts von 32 % auf. In Deutschland und Österreich gibt es zudem mit 7 % bzw. 9 % einen vergleichsweise hohen Anteil an Personen mit einer post-sekundären, nicht-tertiären Ausbildung, welcher in der Schweiz mit 3 % eher gering ist. Zur post-sekundären, nicht-tertiären Ausbildung zählen Ausbildungsgänge, die faktisch das Abitur bzw. die Matura erfordern, jedoch nicht auf tertiärem Niveau angeboten werden. Hierzu zählen z. B. hochqualifizierende duale Ausbildungsgänge. Aber selbst, wenn man diese Gruppe zusammen mit den Hochschulabsolvent/innen zu den Höherqualifizierten rechnet, bleiben Deutschland (31 %) und Österreich (27 %) hinter fast allen anderen Industriestaaten zurück. Lediglich die Schweiz würde mit 34 % in der oberen Hälfte liegen.

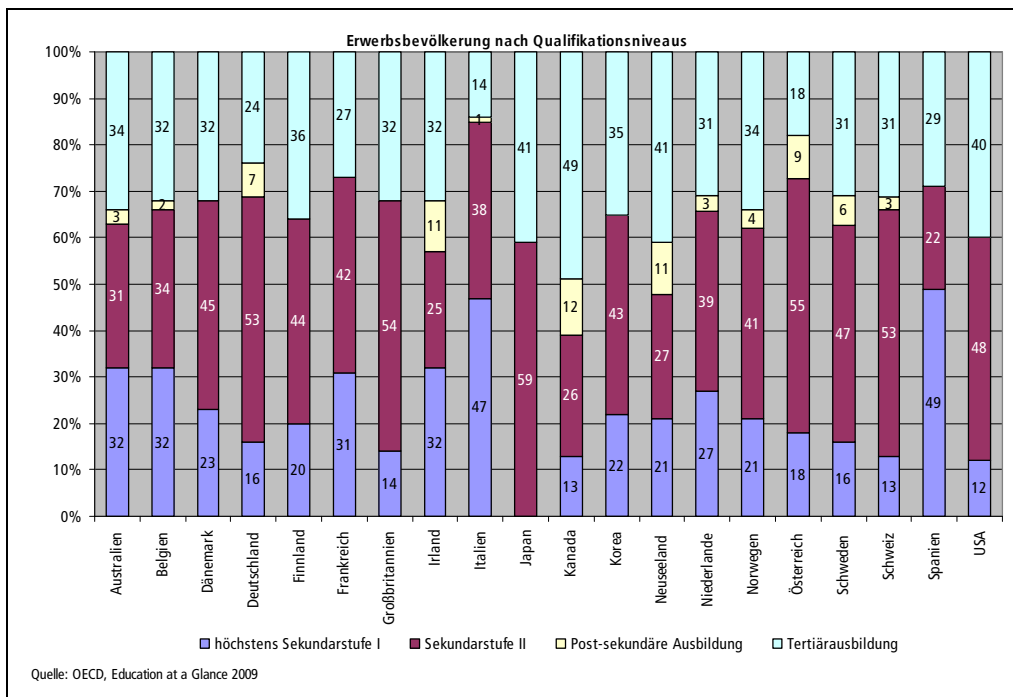


Abbildung 1: Bildungsstand der Erwerbsbevölkerung

Im mittleren Qualifikationssegment zählen alle drei Staaten zu denjenigen Ländern mit den höchsten Anteilen (Österreich 55 %; Deutschland 53 %, Schweiz 53 %); lediglich Japan (59 %) weist eine höhere Quote auf. Der Anteil an Geringqualifizierten ist mit 18 % bzw. 16 % in Österreich und Deutschland zudem beträchtlich, wohingegen die Schweiz mit 13 % einen vergleichsweise günstigen Wert, allerdings nur gemessen an den internationalen Vergleichswerten, aufweist. Den absoluten Benchmark liefert Japan, das keine Un- und Geringqualifizierten hat.

Betrachtet man die Veränderungen über das vergangene Jahrzehnt (1997 bis 2007), dann zeigt sich in Deutschland auf allen drei (zentralen) Niveaus bestenfalls eine marginale Veränderung, wäh-

rend die Schweiz den Anteil der Geringqualifizierten um 4 Prozentpunkte und Österreich um 6 Prozentpunkte verringert hat. Damit liegt der Anteil an Geringqualifizierten in der Schweiz nunmehr unterhalb des deutschen Niveaus, während sich Österreich deutlich angenähert hat. Umgekehrt hat sich der Anteil an Tertiärqualifizierten in Österreich um 7 Prozentpunkte von 11 auf 18 % erhöht; in der Schweiz beträgt der Anstieg 8 Prozentpunkte von 22 auf 30 %. Da sich diese Angaben auf die gesamte Erwerbsbevölkerung beziehen, folgt daraus, dass beide Nachbarstaaten bei der Höherqualifizierung deutlich dynamischer sind als Deutschland – wie auch die nachfolgende Abbildung zeigt, die die Entwicklung über verschiedene Altersgruppen hinweg darstellt.

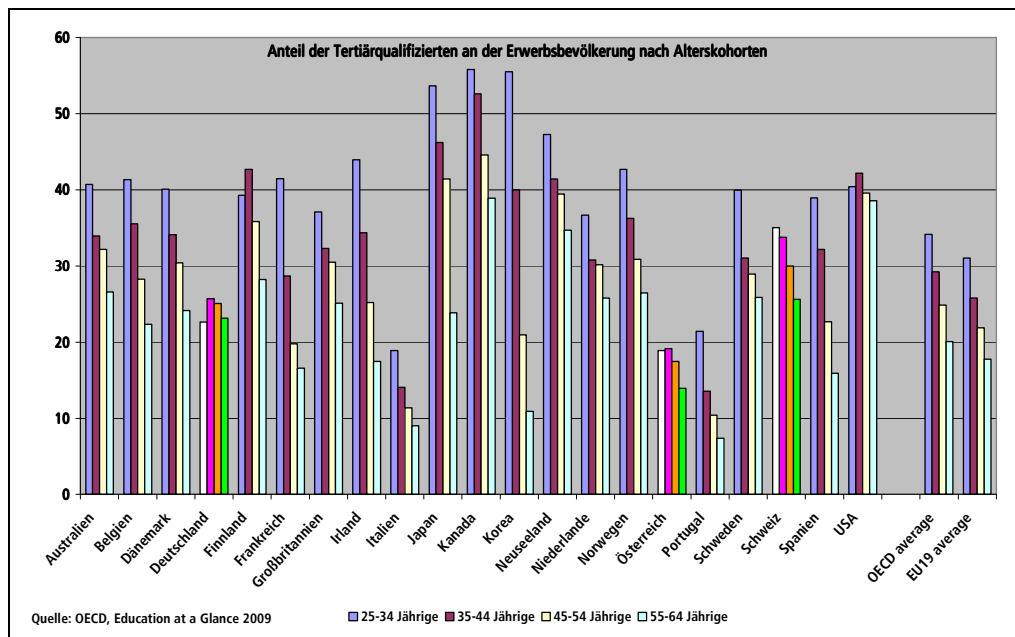


Abbildung 2: Entwicklung des Anteils an Tertiärqualifizierten an der Erwerbsbevölkerung nach Alterskohorten

In der Konsequenz hat Deutschland damit nicht nur seine frühere internationale Spitzenposition beim Bildungsniveau deutlich eingebüßt und rangiert heute nur noch im Mittelfeld der OECD-Staaten bzw. am unteren Ende der führenden Industriestaaten. Vielmehr büsst das Land auch gegenüber den beiden Nachbarstaaten den früheren Vorsprung ein bzw. verliert vor allem gegenüber der Schweiz deutlich an Boden. Dies ist umso bedeutsamer, als bezogen auf den internationalen Vergleich gerne auf das duale System verwiesen wird, um die geringe Tertiarisierungsdynamik zu rechtfertigen. Da die beiden Vergleichsländer ebenfalls dual ausbilden, wird die geringe Dynamik im Bildungssystem umso deutlicher. Wenn Deutschland nicht den internationalen Anschluss verlieren will, sollte man sich mindestens an der Höherqualifizierungsdynamik der beiden Nachbarn orientieren.

3. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP

Als makroökonomischer Indikator für die Bedeutung von Bildung bzw. den Bildungsbereichen in einem Land gilt weithin das Verhältnis der Bildungsausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Allerdings sollte man darauf hinweisen, dass dieser makroökonomische Indikator einige Verzerrungen aufweist, die sich z. B. aus unterschiedlichen demografischen Faktoren, wie etwa der Größe der Schülerkohorte ableiten.

Abbildung 3 zeigt, dass Deutschland im Jahr 2006 4,7 %, Österreich 5,5 % und die Schweiz 5,8 % für die drei Bereiche des Bildungswesens Kita, Schule und Hochschule aufgewendet haben. Damit liegen Deutschland und Österreich unter, die Schweiz leicht über dem OECD-Durchschnitt von 5,7 %. International führend sind die USA (7,4 %), Korea (7,0 %) und Dänemark (6,8 %),³ deren Abstand zu Deutschland damit fast 3 Prozentpunkte beträgt, wohingegen dieser für Österreich bei zwei Punkten und für die Schweiz etwas geringer ist.

Betrachtet man diese Ausgaben insgesamt im Zeitverlauf, ergibt sich das in Abbildung 4 wiedergegebene Bild. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist sowohl in Deutschland als auch in Österreich der Anteil der Bildungsausgaben am BIP 2006 niedriger als 1995 und durchgängig gesunken. Zwar ist der Anteil in der Schweiz von 1995 im Vergleich zu 2006 ebenfalls leicht gesunken, allerdings muss beachtet werden, dass der Tiefstand dort im Jahr 2000 erreicht wurde.

Am BIP gemessen wenden von den Industrieländern nur Japan und Spanien weniger für Bildung auf als Deutschland. Österreichs Bildungsausgaben werden hingegen von Irland, Italien und den Niederlanden unterboten, während die Schweiz sich in der oberen Hälfte befindet.

³ Hier zeigen sich im Jahr 2005 ein paar Verschiebungen: die USA weisen noch 7,1 % und Dänemark 7,4 % aus und haben damit die Anteilswerte quasi getauscht.

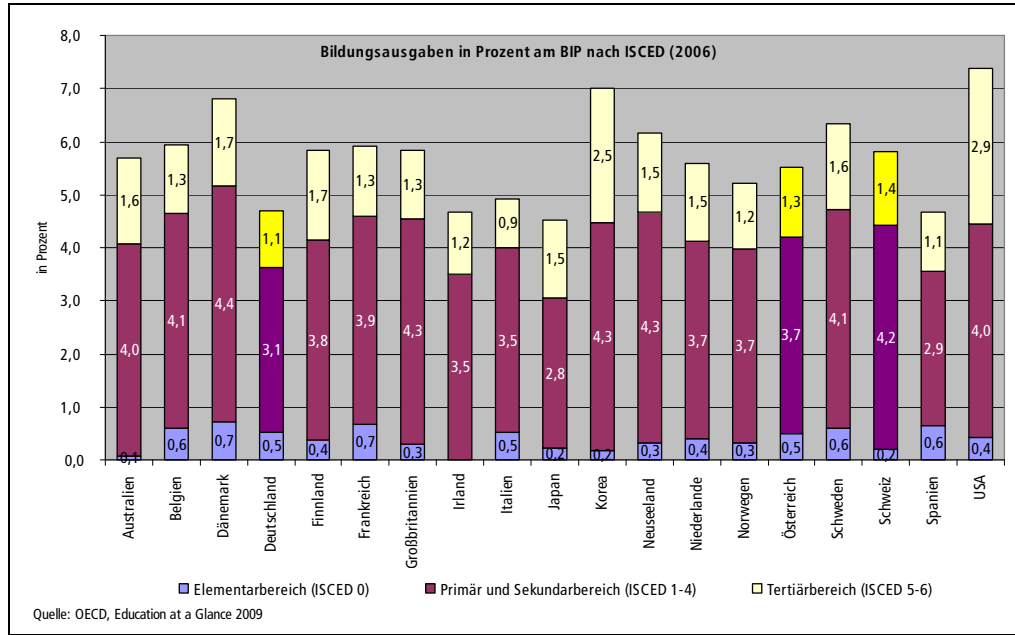


Abbildung 3: Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bildungsniveaus

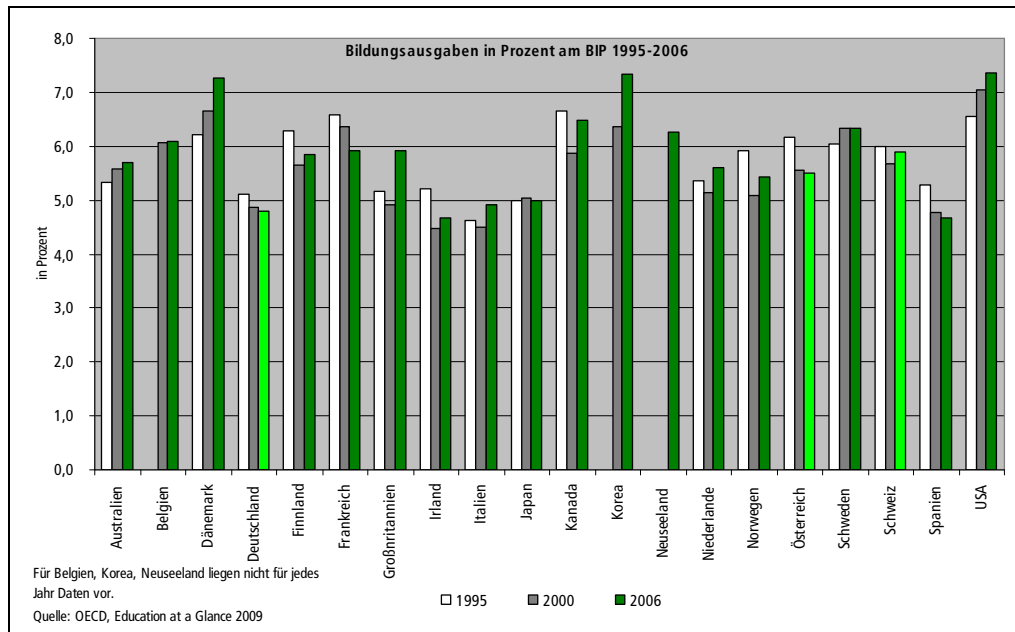


Abbildung 4: Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Zeitverlauf

4. Die Finanzierung der einzelnen Bildungsbereiche und ihre Verteilungswirkungen

In den folgenden Abschnitten werden zunächst die Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierende/n differenziert für die einzelnen Bildungsbereiche betrachtet und analysiert, um sie anschließend zu einer Betrachtung im Lebensverlauf zusammenzuführen.

4.1 Der Kita-Bereich

Betrachtet man zunächst die jährlichen Ausgaben je Kind, wie sie im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ (2009) für das Jahr 2006⁴ ausgewiesen werden, dann liegen diese in Deutschland (\$ 5.683⁵ bzw. € 4.878) und Österreich (\$ 6.783 bzw. € 5.976) deutlich über dem OECD- wie auch dem EU 19-Durchschnitt. Mit \$ 4.166 (€ 3.463)⁶ werden in der Schweiz dagegen unterdurchschnittliche Ausgaben getätigt. Auffallend sind die in Deutschland und Österreich überdurchschnittlichen privaten Finanzierungsanteile (siehe Abbildung 5 und Abbildung 6).⁷ Liegt der staatliche Finanzierungsanteil im Durchschnitt aller OECD-Staaten bei knapp 81 % und im Mittel der EU 19-Staaten gar bei 88 %, so entfallen in Deutschland hingegen nur 72 % und in Österreich sogar nur 63 % der Ausgaben auf die öffentliche Hand. D. h. umgekehrt, dass 28 % bzw. 37 % von privater Seite getragen werden.

Eine weitere Besonderheit Deutschlands und Österreichs besteht darin, dass die privaten Ausgaben nicht nur von den Eltern, sondern auch von den freien Trägern getragen werden: Nach Schätzungen des FiBS tragen die Eltern in Deutschland wie Österreich ca. 22 % und die Träger 6 % bzw. 8 %. Anders formuliert: In Deutschland entstehen der öffentlichen Hand im Monat durchschnittliche Ausgaben in Höhe von € 292, für den Träger von € 24 und für die Eltern von € 89 pro Kind. Für Österreich belaufen sich die korrespondierenden Beträge auf € 349, € 40 und € 109. Ein auf die *öffentliche* Finanzierung beschränkter Ländervergleich auf Basis der OECD-Zahlen zeigt, dass die Ausgaben pro Vollzeit-Kitaplatz mit \$ 4.102 in Deutschland und \$ 4.301 in Österreich unter dem EU 19- (\$ 4.702) und leicht unter bzw. leicht über dem OECD-Durchschnitt (\$ 4.245) liegen.

⁴ Dies ist der aktuellste Jahrgang, für den international vergleichbare Daten vorliegen.

⁵ Alle im Rahmen des OECD Berichts „Bildung auf einen Blick“ veröffentlichten Angaben beziehen sich der internationalen Vergleichbarkeit wegen auf kaufkraftbereinigte US-Dollar (vgl. OECD 2009, S. 457). Die Kita-Kosten pro Kind basieren auf Vollzeitäquivalenten.

⁶ Die Umrechnung USD zu EUR bzw. CHF erfolgt mithilfe der von der OECD angegebenen Kaufkraftparitäten (KKP) für das BIP zum Jahr 2006, wohingegen CHF zu EUR mit den KKP für das BIP zum selbigen Referenzjahr von EUROSTAT verwendet werden.

⁷ Der öffentliche Anteil im Kita-Bereich wird für die Schweiz nicht gesondert ausgegeben.

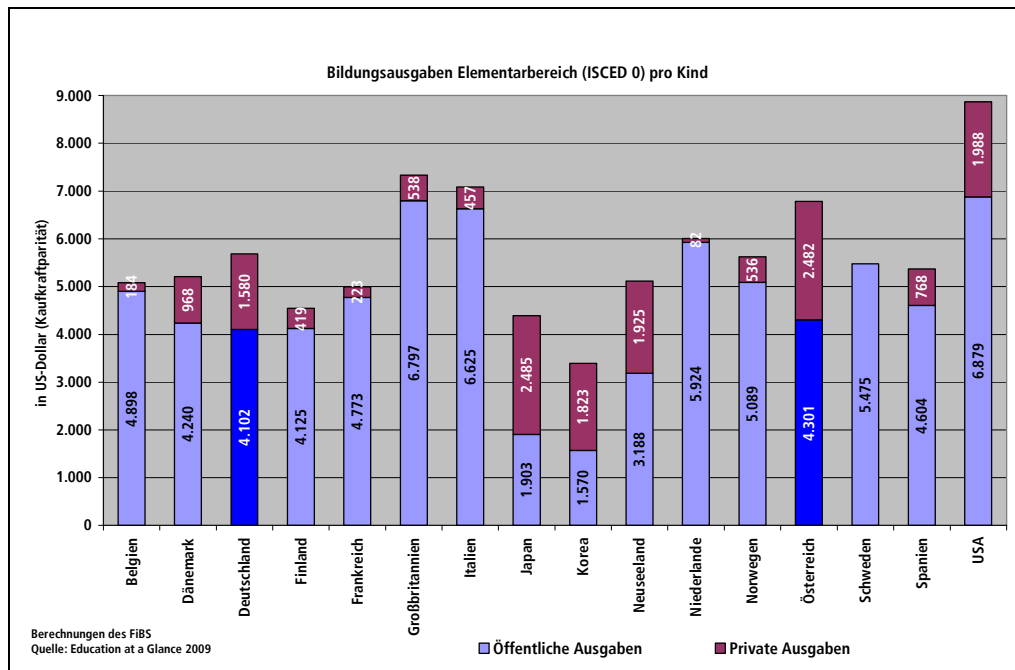


Abbildung 5: Kita-Ausgaben je Kind (in US-Dollar KKP)

Kommentar [CS1]: Zahlen geändert, Problem: weißer Hintergrund

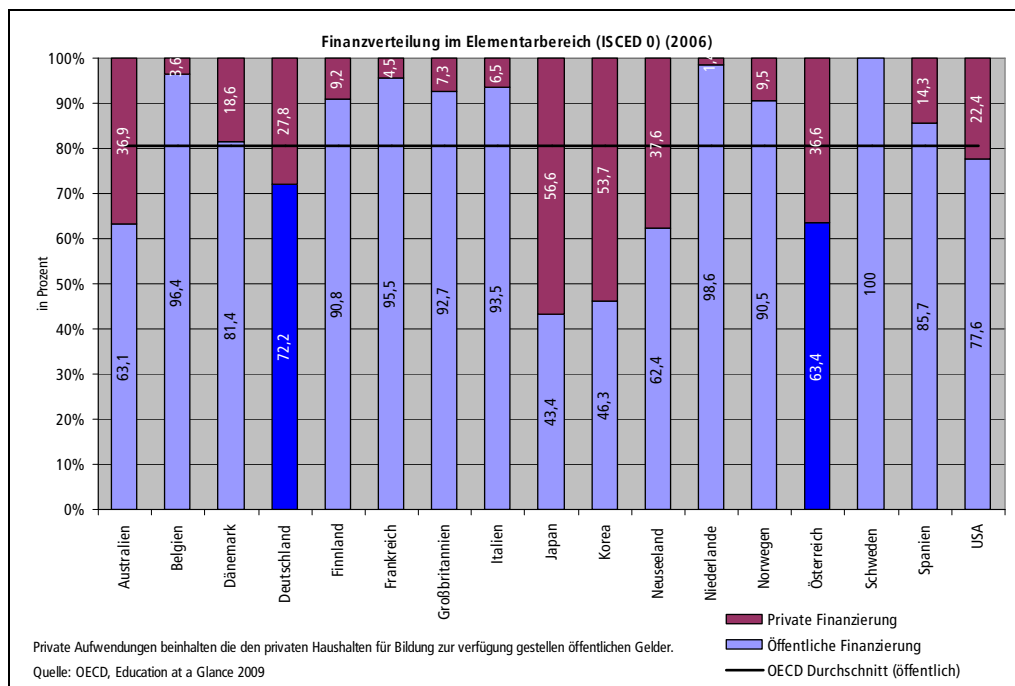


Abbildung 6: Finanzlastverteilung im Elementarbereich in ausgewählten Ländern

4.2 Die allgemeinbildenden Schulen

Anders als die Kindertageseinrichtungen werden die Schulen fast ausschließlich aus den öffentlichen (Länder-) Haushalten finanziert. Allerdings ist, wie noch zu zeigen sein wird, die (Grenz-) Finanzierungslast für die Eltern in der Primarstufe und Sekundarstufe I eine andere als in der Sekundarstufe II, da es Entscheidungsalternativen zwischen unterschiedlichen Ausbildungswegen gibt, auch wenn die Eltern in aller Regel keine Kosten für den Besuch der Einrichtung zu tragen haben. Es bietet sich daher an, zwischen den einzelnen Bereichen zu unterscheiden.

In der finanziellen Ausstattung der Primar- und Sekundarstufe I zeigen sich zwischen Deutschland auf der einen sowie Österreich und der Schweiz auf der anderen Seite erhebliche Unterschiede. Liegt Deutschland bei den Ausgaben je Schüler/in in beiden Bildungsbereichen deutlich unterhalb des OECD- und EU 19-Durchschnitts,⁸ so befinden sich Österreich und die Schweiz in der Gruppe der Länder, die die höchsten finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Deutschland wendet in beiden Bereichen lediglich knapp zwei Drittel der von den anderen beiden Ländern zur Verfügung gestellten Mittel pro Schüler/in auf. Im Hinblick auf die Schüler/innenleistungen besonders bedenklich sind dabei die in Deutschland und der Schweiz relativ hohen Lehrergehälter (OECD 2009), die zumindest in Deutschland mit niedrigen Sachmittelausgaben einhergehen. Einzelne Analysen zeigen eine signifikant positive Korrelation zwischen der Sachmittelausstattung und den Schülerleistungen (Dohmen/Hailesselassie 2002, Pritchett/Filmer 1999), was bedeuten würde, dass Deutschland und die Schweiz ihren Sachmittelanteil deutlich erhöhen müssten, was ohne zusätzliche Mittel nicht zu erreichen ist.

Beim internationalen Vergleich der Bildungsausgaben zeigt sich für den **Primarbereich**, dass Deutschland mit rund \$ 5.362 (€ 4.603) deutlich unter den Werten von Österreich \$ 8.516 (€ 7.503) und der Schweiz \$ 8.793 (€ 7.309) liegt (siehe Abbildung 7); d. h. Deutschland gibt gut ein Drittel weniger aus als die beiden anderen Länder.

⁸ Eine detaillierte Darstellung der Ausgabenschätzung öffentlicher Schulen pro Schüler/in anhand verschiedener Datenbestände (vor allem der Schul- und Finanzstatistik) findet sich bei Hetmeier/Baumann (2007).

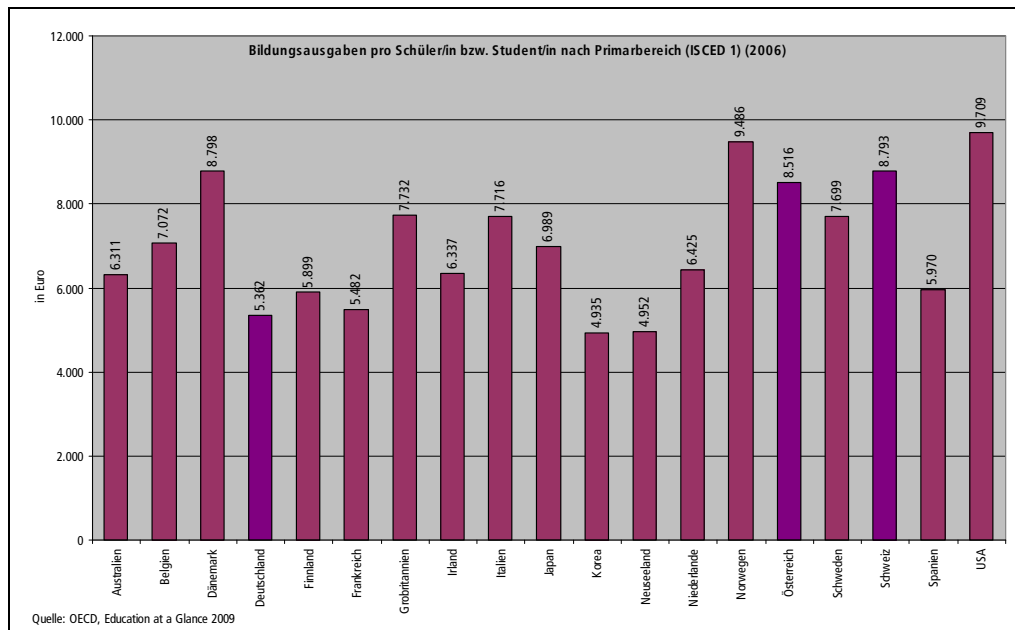


Abbildung 7: Finanzierungsverteilung der Primarstufe

Weniger als Deutschland geben nur Korea und Neuseeland aus. Auf der anderen Seite geben lediglich die USA (\$ 9.709), Norwegen (\$ 9.486) und Dänemark (\$ 8.798) mehr aus als Österreich und die Schweiz.

Betrachtet man die Ausgaben je Schüler/in in der **Sekundarstufe I**, dann zeigen sich jeweils höhere Werte als in der Primarstufe. Während Deutschland hier \$ 6.632 (€ 5.693) und damit gut 20 % mehr als im Primarbereich ausgibt, sind es in Österreich \$ 10.011 (€ 8.820), d. h. ebenfalls 20 % mehr, wohingegen die Schweiz etwa 15 % Mehrausgaben tätigt und somit auf Aufwendungen von \$ 10.121 (€ 8.410) kommt (siehe Abbildung 8).⁹ Gegenüber dem OECD-Durchschnitt von rund \$ 7.544 gibt Deutschland damit gut 12 % weniger, Österreich und die Schweiz hingegen etwa 35 % mehr aus. Auch hier gilt, dass nur Korea und Neuseeland weniger als Deutschland ausgeben. Zudem ist der Abstand zu den anderen Ländern mit den nächsthöheren Ausgaben deutlich größer als in der Primarstufe. Demgegenüber geben lediglich die USA (\$ 10.369) und Norwegen (\$ 10.075) jeweils mehr je Schüler/in aus als Österreich und die Schweiz.

⁹ Die Verschiebungen zwischen dem Ergebnis in US-Dollar Kaufkraftparität und Euro-Kaufkraftparität sind durch unterschiedliche Umrechnungskurse bezogen auf die Kaufkraftparität bedingt.

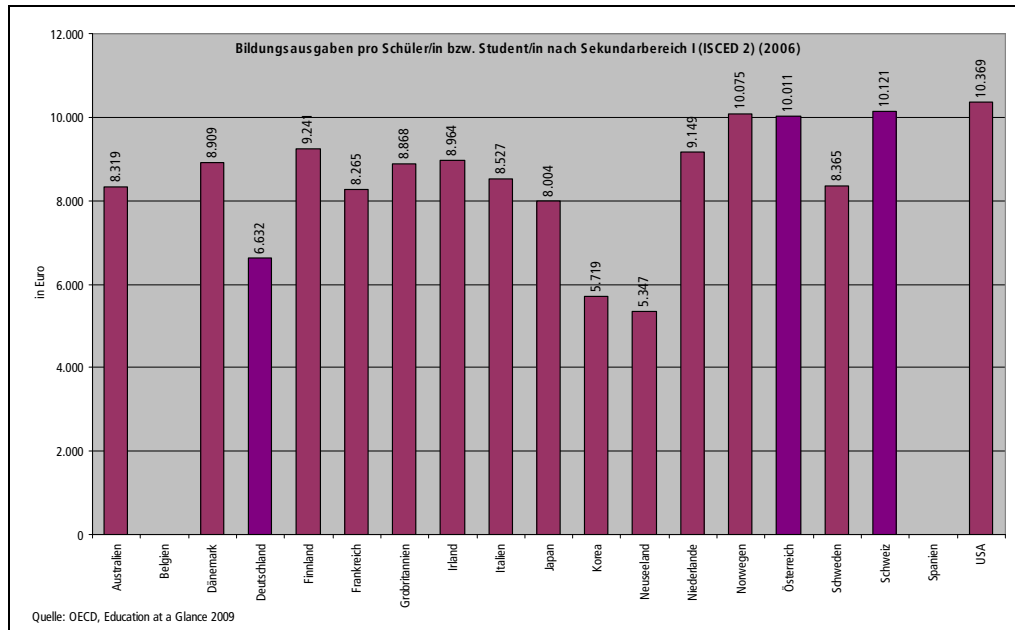


Abbildung 8: Finanzierungsverteilung der Sekundarstufe I

Die OECD (2009) weist insgesamt für den **Sekundarbereich II** etwas höhere Beträge aus als für die vorgelagerten Bildungsbereiche (OECD-Durchschnitt: \$ 8.486). Die für Deutschland, Österreich und die Schweiz ausgewiesenen Beträge übersteigen diesen Wert mit \$ 9.163 (€ 7.865), \$ 11.205 (€ 9.873) bzw. \$ 16.540 (€ 13.752) deutlich. Maßgeblich hierfür sind insbesondere auch die hohen Ausgabenanteile der Wirtschaft für die duale Ausbildung (siehe Abschnitt 4.3). Leider ist anhand der OECD-Zahlen kein internationaler Vergleich der Privatfinanzierungsanteile im Sekundarbereich II möglich. Zu erwarten wäre ein geringerer Privatfinanzierungsanteil für Österreich, da die duale Berufsausbildung hier von geringerer bzw. umgekehrt die vollzeitschulischen oder allgemeinbildenden Bildungsgänge von größerer Bedeutung sind.¹⁰

¹⁰ Ferner ist zu berücksichtigen, dass in Österreich ein so genannter „Blum-Bonus“ gewährt wird, der eigentlich als Motivation für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze gedacht ist. Da aber eine entsprechende Differenzierung nicht möglich ist, kommt es zu beträchtlichen Subventionierungen betrieblicher Ausbildungen, die den privaten Finanzierungsanteil entsprechend reduzieren (Arbeitskammer Niederösterreich 2007).

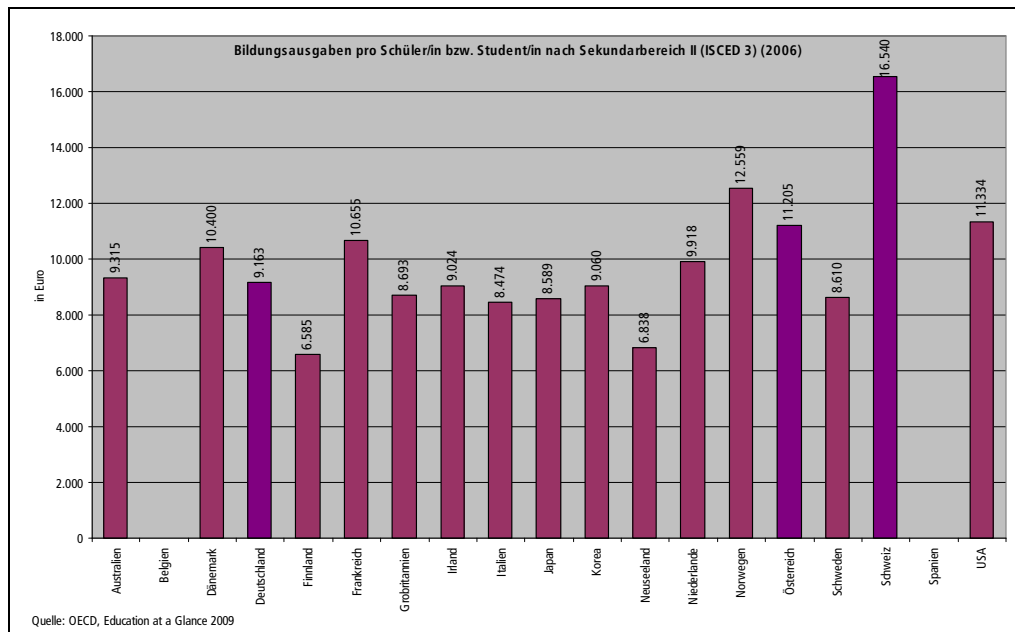


Abbildung 9: Finanzierungsverteilung der Sekundarstufe II

Beim Vergleich der Gesamtausgaben, d. h. der öffentlichen wie privaten Ausgaben pro Schüler/in bzw. Auszubildendem/r zeigt sich, dass die Ausgaben beruflicher Bildung pro Auszubildendem/r in Deutschland die für die allgemeinbildenden Bildungsgänge um etwa das Doppelte übersteigen (allgemeinbildend: \$ 6.451 (€ 5.538), berufsbildend: \$ 12.735 (€ 10.932) für das Jahr 2005) (vgl. OECD 2008).¹¹ Die Schweiz weist mit \$ 11.534 (€ 9.587) für allgemeinbildende und \$ 18.652 (€ 15.504) für berufsbildende ebenfalls erhebliche Unterschiede auf. In Österreich sind die Differenzen dagegen deutlich geringer (allgemeinbildend: \$ 9.429 (€ 8.307), berufsbildend: \$ 10.222 (€ 9.006) für das Jahr 2005).

Fragen wirft die geringe Differenz zwischen den Ausgaben je Gymnasialschüler/in in dem Sekundarbereich I bzw. II in Deutschland auf, bedenkt man die erheblichen Unterschiede in der Schüler/innen-Lehrer/innen-Relation. Realistischer erscheint u. E. für die gymnasiale Oberstufe ein Betrag von über € 7.500 (vgl. Dohmen 2004, S. 9).

Betrachtet man die Ausgaben je Schüler/in bereichsübergreifend in allen drei Schulbereichen, dann zeigt sich in fast allen Ländern, dass diese vom Primarbereich bis zur Sekundarstufe II ansteigen (siehe Abbildung 10).

¹¹ Hier wird der Indikator C1.3, trotz der im Vergleich zu B1.1 deutlich geringeren Aufnahme von Staaten, ausgewiesen. Dies erlaubt die – in B1.1 fehlende – Differenzierung von berufs- und allgemeinbildenden Ausbildungsgängen des Sekundarbereichs II, bei der sich insbesondere für Deutschland erhebliche Unterschiede zeigen. In „Bildung auf einen Blick“ 2009 wird dieser Indikator nicht ausgewiesen.

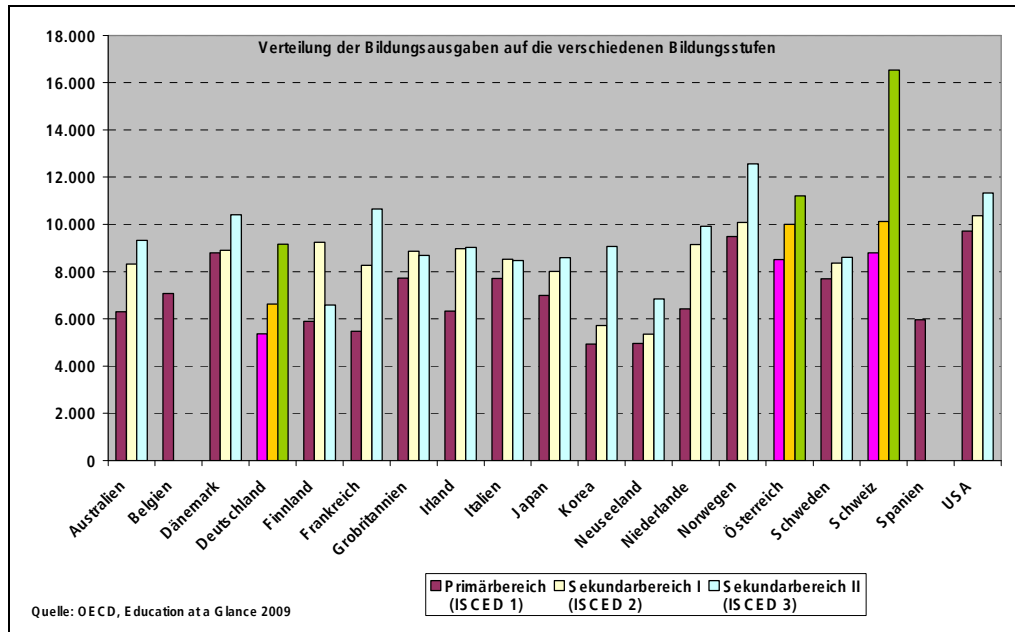


Abbildung 10: Entwicklung der Ausgaben je Schüler/in von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II

4.3 Die berufliche Bildung

In vielen anderen als den drei betrachteten Ländern gibt es keine vergleichbare berufliche Ausbildung, so dass auch keine Vergleichswerte dargestellt werden können. Eine aktuelle Betrachtung des Anteils dualer Berufsausbildungen ergibt im OECD-Durchschnitt einen Anteil von 15 %; die höchsten Anteile zeigen sich für die Schweiz (58 %), Dänemark (48 %) und Deutschland (44 %). Österreich hat einen Anteil von 33 %.¹²

Das derzeitige Finanzierungssystem führt aufgrund der Einkommenserziehungsmöglichkeit in der dualen Berufsausbildung in den betrachteten Ländern zu erheblichen Lenkungswirkungen bei der Entscheidung über Bildungswege. Die (indirekte) Separierung von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien in die duale Ausbildung und von Kindern aus bildungsnahen und einkommensstärkeren Familien in die weiterführende schulische und hochschulische Ausbildung wird aufgrund der bestehenden Anreizmechanismen höchstwahrscheinlich begünstigt und Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit somit beeinträchtigt. Die Stärke der Selbstselektion des Bildungssystems kommt auch in den Bildungserwartungen 15-jähriger Schüler/innen zum Ausdruck, denen im Rahmen der PISA-Erhebung 2003 nachgegangen wurde und die sich auch international vergleichend

¹² Alle Werte beziehen sich auf die aktuell in Ausbildung befindlichen Jahrgänge; in früheren Jahren bzw. bei älteren Kohorten sind die Anteilswerte in allen drei deutschsprachigen Ländern deutlich höher. Die aktuellsten Werte sind „Bildung auf einen Blick“ 2008 zu entnehmen.

im OECD Bericht „Bildung auf einen Blick“ finden. So ist die Erwartung, einen universitären Abschluss zu erreichen, die in allen Ländern mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Jugendlichen zusammenhängt, in Deutschland (3,2) Österreich (3,0) und der Schweiz (3,1) besonders ausgeprägt.¹³

In den meisten anderen Ländern gibt es keine vergleichbaren Lenkungswirkungen, da es diese Alternative mangels dualer Ausbildung nicht gibt, und jeder Abschluss – egal, ob beruflich oder allgemein bildend – auf Sekundarstufe II-Niveau zu einem Hochschulstudium berechtigt. Es ist daher naheliegend, dass ein hoher Anteil am Altersjahrgang eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass die deutsche Studienberechtigtenquote deutlich erhöht werden könnte, wenn eine (qualifizierte) Berufsausbildung automatisch mit der Studienberechtigung verbunden wäre. Dies würde auch der oft betonten Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung entsprechen.

4.4 Die Hochschule

Die Aufwendungen je Student/in im Tertiärbereich¹⁴ liegen in Österreich (\$ 15.148 bzw. € 13.347) wie auch in Deutschland (\$ 13.016 bzw. € 11.173) zwischen dem OECD- (\$ 12.336) und dem EU 19-Durchschnitt (\$ 15.791). Mit \$ 22.230 (€ 18.483) weist die Schweiz hinter den USA die zweithöchsten Werte auf (siehe Abbildung 11). Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings zweierlei: Erstens sind in diesen Beiträgen insbesondere auch die auf Forschung und Entwicklung bezogenen Ausgabenanteile an Hochschulen enthalten, die in Deutschland im Jahr 2006 bei knapp 38 % lagen. In Österreich liegt der Ausgabenanteil der universitären Hochschulforschung mit 30 % näher dem Durchschnitt der OECD (26 %) bzw. entspricht dem der EU 19-Länder. Die Schweiz weist mit 43 % nach Schweden den zweithöchsten Ausgabenanteil für Forschung und Entwicklung auf. Für die um die FuE-Ausgaben bereinigten Aufwendungen je Student/in ist für Deutschland daher ein Niveau unterhalb des OECD-Durchschnitts festzustellen (OECD 2009), während sich für Österreich nur geringfügige Veränderungen ergeben und die Schweiz weiterhin überdurchschnittlich viel pro Student/in aufbringt. Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass eingeschriebene Studierende stets als Vollzeit-Äquivalente angesehen werden. Faktisch ist dieser Anteil zumindest in Deutschland aber deutlich geringer und dürfte eher zwischen 50 % und 65 % liegen.¹⁵ Die tatsächlichen Ausgaben je Vollzeit-äquivalenten/r Student/in sollten daher höher angesetzt werden. Eine darauf aufbauende Schätzung würde – ohne Berücksich-

¹³ Die Werte sind derart zu interpretieren, dass eine Person mit einem hohen Index-Wert des Economic, Social and Cultural Status (ESCS) 3,0, 3,1 bzw. 3,2-mal häufiger erwartet, einen Hochschulabschluss zu erreichen als eine Person mit einem niedrigeren Status. Die aktuellsten Werte für diesen Indikator „Bildung auf einen Blick“ 2007.

¹⁴ Der Tertiärbereich nach ISCED 5 und 6 umfasst auch Ausgaben für Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens sowie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen und die Ausgaben der Studentenwerke.

¹⁵ Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge dürfte zwar zu einer Erhöhung dieses Anteils führen; allerdings sind die Auswirkungen bisher noch als begrenzt anzusehen.

tigung der FuE-Ausgaben – zu Aufwendungen von ca. \$ 9.400 (€ 8.069) bis \$ 10.000 (€ 8.584) in Deutschland führen. Ein Vergleich ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass die anderen Länder ihre Vollzeit-äquivalenten Studierendenzahlen korrekt ausweisen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Kosten für einzelne Studiengänge sehr unterschiedlich ausfallen. So liegen laut Statistischen Bundesamt die Aufwendungen je Student/in in Deutschland zwischen € 29.150 für Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften und ca. € 4.200 in den Fächern der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Durchschnitt aller Fächer betragen diese Aufwendungen ca. € 7.200 an Universitäten und Fachhochschulen (Brugger/Buschle 2010, S. 37).

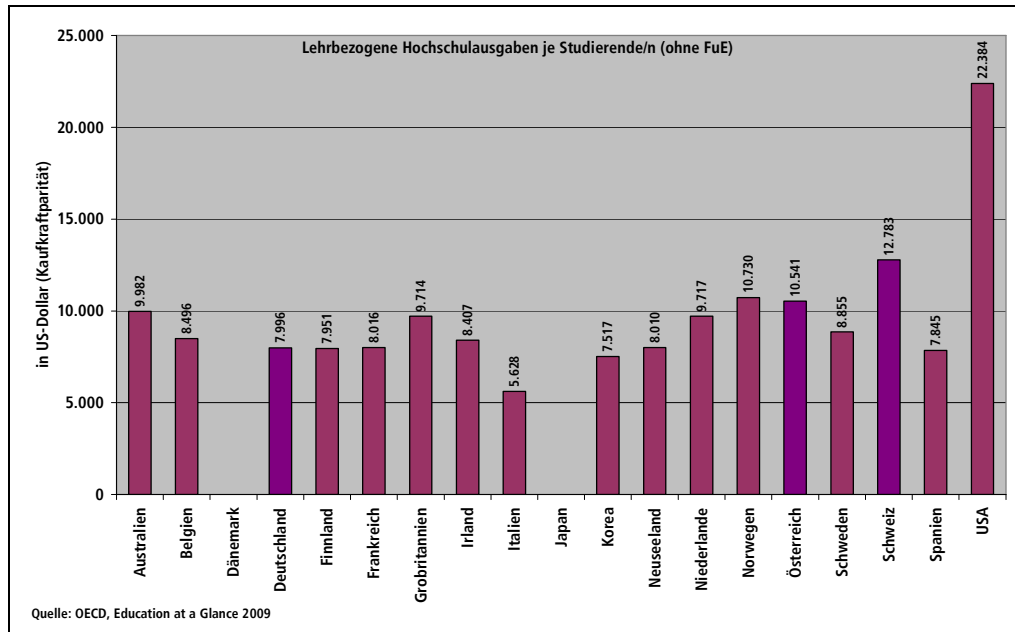


Abbildung 11: Lehrbezogene Hochschulausgaben je Studierende(n) (ohne FuE)

Mit 15,0 % in Deutschland und 15,5 % in Österreich liegt der Anteil der privaten Aufwendungen während des Studiums unterhalb des OECD- (27,4 %) und EU 19-Durchschnitts (18,9 %). Die sich auf 2006 beziehenden privaten Aufwendungen spiegeln die verstärkte Einführung von Studiengebühren in Deutschland noch nicht wider. Dies zeigt sich auch an den Zahlen der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die sich auf das Jahr 2006 beziehen, in der sich mit 3 % noch eine recht kleine Zahl an Studierenden findet, die bereits Studiengebühren entrichtet (vgl. Isserstedt et al. 2007). Österreich hat die Gebühren 2001 eingeführt und 2009 wieder abgeschafft. Die direkte Gegenüberstellung der Privatfinanzierungsanteile in Deutschland und Österreich im Jahr 2006 zeigt jedoch, dass die Gebühren kaum Auswirkungen auf die privat zu finanzierenden Anteile haben. Beide Länder liegen mit 15,0 bzw. 15,5 % nahezu gleich auf. Daher ist es auch nicht überraschend, dass sich die von der OECD ausgewiesenen privaten Aufwendungen für 2006 im Vergleich zu 1995 kaum erhöht haben und

für Deutschland im Gegensatz zu Österreich (\$ 825 bzw. € 727)) keine durchschnittlichen Studiengebühren geschätzt werden (OECD 2009).¹⁶ Für die Schweiz gibt die OECD weder den Anteil privater Aufwendungen noch die durchschnittlichen Studiengebühren an. Festzuhalten ist jedoch, dass in der Schweiz zwar durchgängig Studiengebühren verlangt werden, diese im Vergleich zumindest zu den meisten angelsächsischen Ländern jedoch relativ gering sind. Darüber hinaus wird von verschiedenen Seiten gerne auf die im internationalen Vergleich unterproportionale private Beteiligung an den institutionellen Ausgaben hingewiesen (vgl. OECD 2006). Betrachtet man nun Abbildung 12 genauer, dann zeigt sich, dass dies bezogen auf die wirtschaftlich führenden Länder nur eingeschränkt zutrifft. In einigen Ländern sind die privat finanzierten Anteile trotz Gebühren geringer als in Deutschland und Österreich.

Unabhängig vom konkreten Ausgabenbetrag weisen aber diese Indizien ebenso wie z. B. die Relation Studierende/r je wissenschaftlicher Stelle darauf hin, dass die Ausstattung der deutschen Hochschule nicht so schlecht ist, wie gerne behauptet wird.¹⁷ Hier lag Deutschland mit einem Niveau von 12,1 Studierenden je Lehrkraft auf dem Niveau Japans, der Slowakei und Portugal. Auch Österreich liegt mit einem Betreuungsverhältnis von 13,7 unterhalb des OECD- und EU 19-Durchschnitts (OECD 2009). Für die Schweiz wird für das Betreuungsverhältnis ebenfalls kein Wert angegeben. Wie bereits in Bezug auf die Finanzausstattung je Studierenden beschrieben, finden sich bei dem mit der Finanzausstattung in engem Zusammenhang stehenden Betreuungsverhältnis erhebliche Fächerunterschiede.

¹⁶ Hinzuweisen ist darauf, dass die Studiengebühren in Österreich kurz vor den Nationalratswahlen im September 2008 abgeschafft wurden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entscheidung im Zuge der Regierungsneubildung Bestand hat oder nicht.

¹⁷ Bei diesem Indikator bleibt der Bereich ISCED 5B unberücksichtigt. In die Berechnung gehen auch Wissenschaftler/innen ein, die sich nicht nur der Lehre, sondern insbesondere der Forschung widmen.

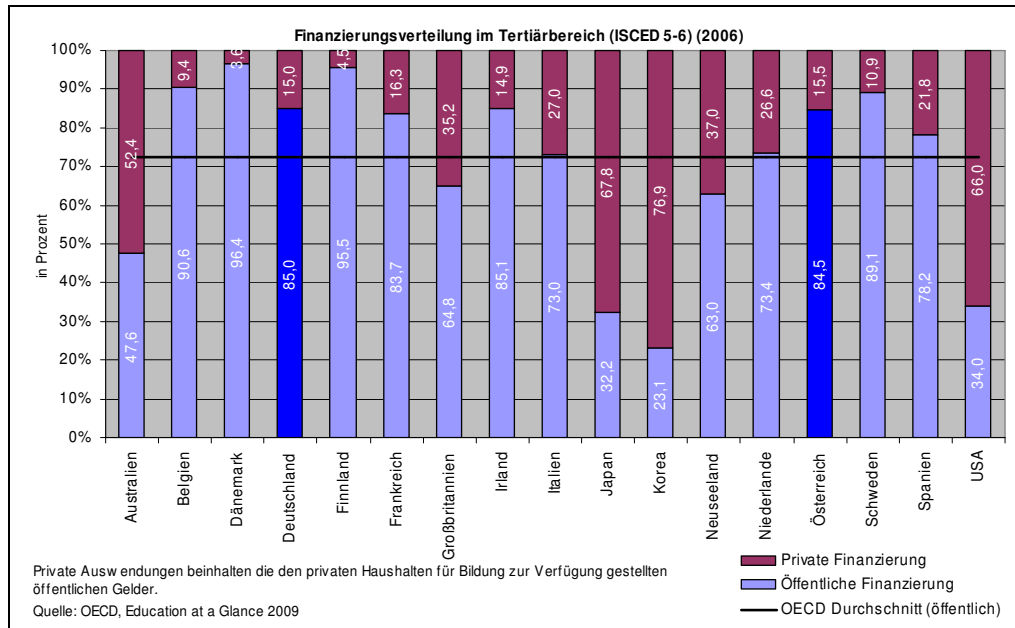


Abbildung 12: Finanzierungsverteilung im Hochschulbereich in ausgewählten Ländern

Interessant wäre darüber hinaus eine Betrachtung über den gesamten Studienzyklus unter Einbeziehung der Lebenshaltungsausgaben. Aufgrund der langen Studienzeiten dürfte dies zu deutlich überproportionalen privaten Aufwendungen führen.

Der OECD-Bericht 2009 berücksichtigt den sozioökonomischen Hintergrund der Studierenden einiger Länder. Danach sind Arbeiterkinder gegenüber Akademikerkindern im Studium in Österreich im Verhältnis von ca. 1:2 und in Deutschland fast im Verhältnis 1:3 unterrepräsentiert. Beide Länder weisen erheblich niedrigere Werte auf als z. B. Finnland, Irland oder Spanien. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Aussagekraft dadurch relativiert wird, dass insgesamt nur Daten von zehn Ländern vorliegen, worunter sich die Schweiz nicht befindet (OECD 2009). Wie in Kapitel 4.2 dargestellt, findet in allen drei Ländern ein mehrstufiger Selektionsprozess statt.

Damit ist insgesamt auch von einer Umverteilung zugunsten der Akademiker/innen auszugehen (Grüske 1994, 2002); die von Sturn/Wohlfahrt (1999) und Sturn (2002) vorgebrachten Argumente können m. E. nicht überzeugen, da der konstatierte Effekt immer auftritt, wenn ein gleich hohes Lebensseinkommen über einen kürzeren Erwerbszeitraum erzielt wird. D. h. davon sind Mütter oder – bislang noch seltener – Väter, die wegen der Erziehung ihrer Kinder vorübergehend auf Erwerbstätigkeit verzichten, und Arbeitslose genauso betroffen wie Akademiker/innen. Die von Sturn/Wohlfahrt bzw. Sturn festgestellte „Ungerechtigkeit“ ist daher auf das progressive Steuersystem zurückzuführen und kann nicht als „indirekte Rückzahlung“ erhaltener öffentlicher Leistungen interpretiert werden.

Die umverteilende Wirkung des Hochschulsystems hängt ganz erheblich auch von der positiven Korrelation zwischen Studienpartizipation und sozioökonomischem Familienhintergrund ab, die sich – wie gezeigt – auch in den vorgelagerten Bildungsbereichen niederschlägt und in den Hochschulen ihre (zwangsläufige) Fortsetzung findet.

4.5 Die Weiterbildung

Durch die Lissabon-Strategie der EU hat sich die Datenlage zum Lebenslangen Lernen wesentlich verbessert. Wie auch für Deutschland (vgl. Bellmann 2003, S. 23) liegen für Europa keine Individual- und Organisationsdaten verbindende Datenbestände vor.¹⁸ Der im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ verwendete Indikator „Teilnahmequoten an nicht-formaler¹⁹ berufsbezogener Fort- und Weiterbildung (C 5.1)“ basiert für die europäischen Länder auf der EU-Arbeitskräfte-Erhebung und misst die Teilnahme von 25- bis 65-Jährigen an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung in Form von Kursen, Seminaren, Tagungen oder Privatunterricht, die von den Befragten als überwiegend beruflich kategorisiert wurde. Die Teilnahme bezieht sich dabei auf die zwölf Monate vor Datenerhebung im Frühjahr 2003 (OECD 2008).²⁰

Deutschland (12 %) liegt im Gegensatz zu Österreich (19 %) und der Schweiz (29 %) bei dem dargestellten OECD-Indikator deutlich unterhalb des OECD-Durchschnitts von 18 %. Die Teilnahmequoten unterscheiden sich in Bezug auf das Geschlecht in Deutschland wie Österreich nur geringfügig, wohingegen die männliche Bevölkerung der Schweiz mit 33 % weitaus mehr an Weiterbildung partizipiert als die weibliche (26 %). Deutlich fallen hingegen in allen drei Ländern die Differenzen in den Teilnahmequoten nach Bildungsstand aus. So beträgt die Teilnahmequote unter Akademiker/innen in Österreich 37 %, in der Schweiz 44 % und in Deutschland 24 %. Bei Personen, die lediglich über einen Abschluss des unteren Sekundarbereichs verfügen, liegen diese Raten mit 5 % in Österreich, 8 % in der Schweiz und 3 % in Deutschland erheblich niedriger. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch bei der Dauer der Weiterbildungsmaßnahmen. Personen mit hoher formaler Bildung haben weitaus bessere Chancen, umfassendere Weiterbildungskurse zu besuchen (vgl. OECD 2008, S. 436).

¹⁸ Zwar liefert die Dritte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3) entsprechende Daten. Diese sind aber nicht direkt mit der von der OECD verwendeten Definition vergleichbar, da der CVTS3 Bericht im Gegensatz zu „Bildung auf einen Blick“ nur Weiterbildungsmaßnahmen umfasst, die komplett von Unternehmen finanziert werden und ausschließlich für deren Beschäftigte zur Verfügung stehen.

¹⁹ Unter formaler Bildung ist die „Bildung innerhalb des Systems von Schule, College, Hochschule und anderen Einrichtungen der formalen Bildung, das in der Regel eine zusammenhängende „Leiter“ von Vollzeitbildung für Kinder und Jugendliche bildet“, zu verstehen. Nicht-formale Bildung umfasst daher „alle organisierten und nachhaltigen Bildungsaktivitäten, die der obigen Definition von formaler Bildung nicht genau entsprechen. Nicht-formale Bildung kann daher innerhalb als auch außerhalb von Bildungseinrichtungen stattfinden.“

²⁰ Ein Vergleich mit den CVTS Daten ist aus oben bereits genannten Gründen hier nicht möglich.

Bei der Finanzierung der Weiterbildung nehmen die Arbeitgeber in der gesamten EU eine herausragende Stellung ein. Mit Ausnahme von Malta, Griechenland und der Türkei wird laut Eurobarometer 2006 der größte Teil der Weiterbildungsmaßnahmen durch die Arbeitgeber finanziert bzw. mitfinanziert.²¹ Im Durchschnitt aller Länder finanziert diese Gruppe über 51 % der Weiterbildungsmaßnahmen. In Österreich beträgt der Anteil 57 % und in Deutschland 58 %. Im Vergleich zum EU-Länderdurchschnitt (26 %) ist in Deutschland mit 32 % und in Österreich mit 35 % der Anteil der Eigenfinanzierung bzw. Mitfinanzierung durch die Teilnehmer selbst von größerer Bedeutung. Festzuhalten ist dabei auch, dass unter Befragten, die eine Weiterbildung als wesentlich für die eigene berufliche Zukunft ansehen, fehlende persönliche Mittel als Hauptgrund für eine Nichtteilnahme genannt werden.²² Österreich (34 %) wie auch Deutschland (36 %) lagen bei dieser Frage knapp über dem Durchschnitt (32 %) der an der Befragung teilnehmenden Staaten.²³ Zwar wird die Schweiz als nicht-EU-Mitglied im Eurobarometer nicht berücksichtigt, eine Schätzung der Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Universität Bern kommt bezüglich der Arbeitgeberfinanzierung mit einem Anteil von etwa 50 % zu einem ähnlichen Ergebnis. Auffallend ist jedoch, dass die andere Hälfte komplett durch die Nachfrager getragen wird und die öffentliche Hand somit keinen Beitrag zu leisten scheint (vgl. Hof 2010, S. 11).

Im Hinblick auf die Weiterbildungsbeteiligung lassen sich auch international folgende Trendaussagen ableiten (vgl. Pfeiffer 2001, S. 30ff.; Heise/Meyer 2004, S. 248ff.; ein Überblick zur Weiterbildungsfinanzierung findet sich bei Dohmen 2007a; Dohmen/de Hesselde/Himpele 2007).

- Weiterbildung hat wie Bildung insgesamt positive individuelle Effekte. Neben dem Einkommen sind hier insbesondere die Karrierechancen sowie das Arbeitslosigkeitsrisiko zu nennen. Die hohe Streuung der Effekte scheint auf individuelle Ursachen und die Weiterbildungssysteme zurückzuführen zu sein.
- Die relativen Erträge der Weiterbildung scheinen mit dem Bildungsniveau abzunehmen. Dies gilt laut Brunello (2001) allerdings erst ab einer bestimmten Berufserfahrung. Berufsanfänger/innen mit hohem Bildungsniveau können bessere Renditen erzielen.
- Es zeigen sich verschiedene Zusammenhänge von Erst- und Weiterbildung. So nimmt die Chance auf Weiterbildung mit dem Niveau der Erstausbildung zu. Es zeigt sich aber auch, dass Weiterbildung und berufliche Erstausbildung Substitute darstellen können.

²¹ Mehrfachantworten waren bei dieser Frage zugelassen (vgl. Europäische Kommission 2006).

²² Mehrfachantworten waren bei dieser Frage zugelassen (vgl. Europäische Kommission 2006).

²³ Ein detaillierter Überblick über die nachfrageorientierte Weiterbildungsfinanzierung in Europa findet sich bei Dohmen (2007); Dohmen/Ramirez-Rodriguez (2010); Dohmen/ Timmermann (2010).

- Die Weiterbildungserträge abhängig Beschäftigter scheinen über denen von Selbstständigen zu liegen.
- Die Weiterbildung der aktiven Personen kann sich auf die nicht an der Weiterbildung Teilnehmenden negativ auswirken.

Wie erwähnt zeigt sich eine deutlich positive Korrelation zwischen Weiterbildungsbeteiligung und Verweildauer im vorgelagerten Bildungssystem. Dies gilt sowohl für die von Dritten, d. h. insbesondere vom Arbeitgeber, bezahlte als auch für eigenfinanzierte Weiterbildung. Wer ein Studium hat, hat eine wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit an einer vom Arbeitgeber finanzierten Weiterbildung teilzunehmen als eine Person mit einem Hauptschulabschluss. Auch korrelieren die Brutto-Kosten der Weiterbildung deutlich positiv mit dem vorherigen Bildungsabschluss (vgl. Dohmen/de Hessel-Himpele 2007c), wobei sich die Nettoausgaben aufgrund der Steuerprogression und die vom Arbeitgeber refinanzierten Anteile annähern dürften.

5. Zusammenfassung: Bildungsfinanzierung von der Kita bis zur Weiterbildung

Betrachtet man die vorstehenden Ausführungen, dann zeigt sich, dass nicht nur die Finanzierung einzelner Bildungsbereiche mit erheblichen Umverteilungseffekten zugunsten bildungsnaher und höherer sozioökonomischer Schichten verbunden ist. Vielmehr weist die zusammengefasste Betrachtung aller fünf Bildungsbereiche, d. h. Kinderbetreuung bzw. Elementarbildung, allgemeinbildende Schulbildung in Primar- und Sekundarstufe, berufliche Bildung, Hochschulbildung und Weiterbildung, noch deutlicher auf erhebliche Umverteilungseffekte zugunsten dieser Gruppen hin. Bildungsferne und niedrige sozioökonomische Schichten partizipieren in wesentlich geringerem Umfang als bildungsnaher und höhere sozioökonomische Schichten an weiterführender und insgesamt wesentlich kostenintensiverer Bildung. Wer nach der Haupt- oder Realschule das staatliche Bildungssystem ohne Berufsausbildung verlässt, hat in Deutschland staatliche Ausgaben in Höhe von \$ 59.819 (€ 51.348), in Österreich \$ 82.784 (€ 72.941) und in der Schweiz \$ 84.483 (€ 70.243) verursacht.²⁴ Wird noch eine Berufsausbildung abgeschlossen, summieren sich die öffentlichen Kosten auf \$ 66.809 (€ 57.348) in Deutschland, \$ 115.185 (€ 95.770) in der Schweiz und \$ 125.048 (€ 110.180) in Österreich. Für Abiturient/innen ist ein Wert von \$ 89.505 (€ 76.830) in Deutschland, \$ 125.048 (€ 110.180) in Österreich und \$ 134.617 (€ 111.926) in der Schweiz vor Aufnahme eines Studiums anzusetzen. Für Tertiärabsolvent/innen erhöhen sich die Beträge entsprechend auf \$ 123.490 (€ 106.003) in Deutschland,

²⁴ Bei einem Vergleich der Ausgaben ist zu beachten, dass die Kaufkraft der Ausgaben in Relation zueinander gesetzt wird.

\$ 169.583 (€ 149.419) in Österreich und \$ 198.532 (€ 165.067) in der Schweiz.²⁵ Für eine/n Hochschulabsolvent/in wird somit in Deutschland knapp doppelt soviel ausgegeben wie für einen Hauptabsolvent/in; in Österreich ist es etwa als 40 % mehr und in der Schweiz die Hälfte mehr.

Unter Berücksichtigung der deutlich unterschiedlichen Bildungspartizipation ist sowohl in Deutschland als auch – in gemäßigterer Form – in Österreich und der Schweiz somit von einer erheblichen Umverteilung zugunsten bildungsnaher und höherer sozioökonomischer Schichten auszugehen, was zugleich bedeutet, dass die häufig propagierte Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit auch aus der Perspektive der Finanzierung des Bildungssystems in keinem der drei untersuchten Länder erreicht wird. Vielmehr steht das bestehende System der Verwirklichung dieses Ziels eher entgegen. Insofern spricht daher in allen drei Ländern viel für eine weitgehende Neuordnung der gesamten Bildungsfinanzierung.

Im internationalen Vergleich zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild für Deutschland auf der einen und Österreich und die Schweiz auf der anderen Seite. Während Deutschland in den meisten Bildungsbereichen durch eine unterdurchschnittliche Finanzausstattung je Teilnehmer/in gekennzeichnet ist, verweisen die Indikatoren für Österreich und die Schweiz meist auf ein überdurchschnittliches Ausgabenniveau. In Deutschland und Österreich sind für den Kita-Bereich allerdings deutlich überproportionale private Ausgaben(anteile) durch Eltern und Träger zu konstatieren. In fast allen Ländern ist der private, d. h. durch Studierende und Eltern zu finanzierende Anteil an den institutionellen Ausgaben im Hochschulbereich höher als im Kita-Bereich; dies gilt für die beiden genannten Länder jedoch nicht. (Für die Schweiz liegen zu dieser Frage keine Daten vor.)

²⁵ Dabei sind die laut OECD 2009 durchschnittlichen Verweildauern in den einzelnen Bildungsbereichen und die jeweiligen öffentlichen Finanzierungsanteile zugrunde gelegt worden.

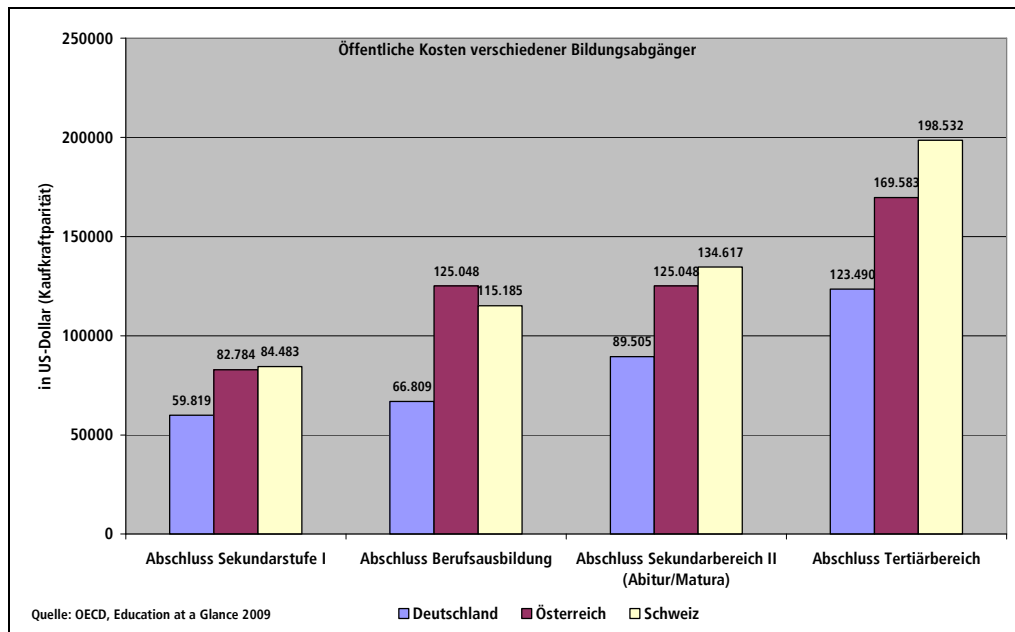


Abbildung 13: Öffentliche Kosten verschiedener Bildungsabgänger

Deutliche Unterschiede gibt es auch bei der Finanzierung der beruflichen Ausbildung, die in den meisten Ländern Teil der schulischen Ausbildung ist. Eine vergleichbare duale Ausbildung wie in Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es nur sehr selten, so z. B. in Dänemark (vgl. zur Berufsbildungsökonomie grundsätzlich Dohmen 2007b). Damit sind gleichzeitig deutlich niedrigere Opportunitätskosten der Eltern verbunden, wodurch sich insbesondere in einkommensschwächeren Familien Lenkungseffekte zugunsten einer dualen beruflichen und zuungunsten einer (allgemeinbildenden) schulischen Ausbildung in der Sekundarstufe II ergeben können. Eine aktuelle Erhebung von Heine/Quast (2009) zeigt, dass finanzielle Gründe eine sehr wichtige Rolle für junge Menschen mit einer Studienberechtigung bei der Entscheidung gegen ein Studium spielen. Die im Vergleich zu anderen Ländern deutlich stärkere soziale Selektionsfunktion des Bildungssystems dürfte zu einem ganz erheblichen Anteil dadurch erklärt werden können, insbesondere wenn sich nur die Hälfte der Studienberechtigten, deren Eltern kein Hochschulstudium abgeschlossen haben, für ein Studium entscheiden. Dies dürfte für Deutschland noch stärker als für seine beiden Nachbarländer gelten.

Im Ergebnis ist daher eine sozial- und bildungspolitisch ungünstige Konstruktion der Finanzierung lebenslangen Lernens „von der Wiege bis zur Bahre“ zu konstatieren, die aufgrund der Bildungsentscheidungen von Schüler/innen und Eltern mit erheblichen Umverteilungseffekten zugunsten bildungsnaher und einkommensstärkerer Schichten führt. Umgekehrt fallen in den drei Ländern erhebliche Folgekosten an, wenn diejenigen, an deren Bildung vorher „gespart“ wurde, hinterher Nachqualifizierungsmaßnahmen durchlaufen und/oder über das Sozialsystem finanziert werden müssen. Die



vorstehenden Betrachtungen legen daher eine grundlegende und bereichsübergreifende Reform der Bildungsfinanzierung nahe (siehe hierzu etwa Dohmen 2004).

Literatur

- Ammermüller, Andreas, Dieter Dohmen (2004), Private und soziale Erträge von Bildungsinvestitionen, in: FiBS-Forum (21), Köln.
- Baumert, Jürgen (Hrsg.) (2001), PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.
- Brugger, Pia, Nicole Buschle (2010), Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2010, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Brunello, Giorgio (2001), On the Complementarity Between Education and Training in Europe, Discussion Paper, No 309, IZA - Institute for the Study of Labor, Bonn.
- Bund-Länder-Kommission (2005), Bildungsfinanzstatistik. Sachstand und Vorschläge zur Verbesserung, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, 128, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Bonn.
- Chrisholm, Lynne, Anne Larson, Anne-France Mossoux (2005), Lebenslanges Lernen: Die Einstellungen der Bürger in Nahaufnahme. Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage, Luxemburg.
- de Hessele, Vera (2002), Der aktuelle Stand der Regelung des Familienleistungsausgleichs im Einkommensteuerrecht, in: FiBS-Forum (10).
- Dohmen, Dieter (2004a), Bildungsfinanzierung von der Kita bis zur Weiterbildung, Eine Bereichsübergreifende Betrachtung, in: Die Hochschule, Nr. 2/2004, Wittenberg.
- Dohmen, Dieter (2004b), Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung, in: FiBS-Forum (22), Köln.
- Dohmen, Dieter (2005), Die Finanzierung lebenslangen Lernens im internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Bildungsverwaltung, Jahrestagungen Band 25, Bonn.
- Dohmen, Dieter (2005), Zum volkswirtschaftlichen Schaden der unzureichenden vorschulischen Förderung in Deutschland oder warum die Frühförderung im demografischen Wandel an Bedeutung gewinnt, in: FiBS-Forum (29), Köln.
- Dohmen, Dieter (2007a), Aktuelle Trends der nachfrageorientierten Weiterbildungsfinanzierung in Europa – eine Synopse, in: FiBS-Forum (40), Berlin.
- Dohmen, Dieter (2007b), Economics of Vocational Education and Training – Introduction and Overview, Gutachten im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Berlin.
- Dohmen, Dieter, Abraham Hailesselassie (2002), Entwicklung und Einschätzung von bildungsökonomischen Indikatoren hinsichtlich der Einwirkung auf das deutsche Bildungssystem für den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Vera de Hessele, Klemens Himpele (2007), Analyse möglicher Modelle und Entwicklung eines konkreten Konzepts zum Bildungssparen, Bonn, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Gernot Weißhuhn, Jörn Große Rövekamp (2007), Berichtsteil „Bildung“ für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Lelab 3-Auswertungen und Analysen. Kurzstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Klemens Himpele (2006), Umfinanzierung der elterlichen Kosten für den Schulbesuch der Kinder durch Kürzungen beim Kindergeld, in: FiBS-Forum (34), Köln und Berlin.

- Dohmen, Dieter, Rocio Ramirez-Rodriguez (2010), Aktuelle Trends der nachfrageorientierten Weiterbildungsfinanzierung in Europa, Gutachten im Auftrag des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (unpublished), Berlin.
- Dohmen, Dieter, Dieter Timmermann (2010), Background Report for the Workshop "Financing Adult Learning in Times of Crisis", Brussels, October 18-19.2010.
- Ehmann, Christoph (2001), Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit, Bielefeld.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Brüssel.
- Grüske, Karl-Dieter (2002), Wer finanziert wem das Studium? Verteilungswirkungen der Hochschulfinanzierung, in: Dieter Dohmen, Birgitt A Cleuvers (Hrsg.), Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung. Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule, Schriften zur Bildungs- und Sozialökonomie, Band 1, Bielefeld.
- Heine, Christoph, Heiko Quast (2009), Studierneigung und Berufsausbildungspläne, Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr vor Schulabgang, in: HIS Forum Hochschule 4/2009.
- Heise, Maren, Wolfgang Meyer (2004), The benefits of education, training and skills from an individual life-course perspective with a particular focus on life-course and biographical research, in: Pascaline Descy, Manfred Tessaring (Hrsg.), Impact of education and training. Third report on vocational training research in Europe: background report, Luxembourg, S. 322-381.
- Hetmeier, Heinz-Werner, Rainer Wilhelm, Thomas Baumann (2007), Methodik zur Gewinnung der Kennzahl „Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler“, in: Wirtschaft und Statistik 2007, (1), S. 68-76.
- Hof, Stefanie (2010), Bildung in der Schweiz. Über 250 bildungspolitische Themen im nationalen Bildungsbericht, in: Netzwerk 1/10, S. 6-15.
- Hovestadt, Gertrud, Nicole Eggers (2007), Soziale Ungleichheit in der allgemein bildenden Schule. Ein Überblick über den Stand der empirischen Forschung unter Berücksichtigung berufsbildender Wege zur Hochschulreife und der Übergänge zur Hochschule. Im Auftrag der Hans Böckler Stiftung, Rheine.
- Isserstedt, Wolfgang, Elke Middendorff, Gregor Fabian, Andrä Wolter (2007), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin.
- OECD (2007a), Education at a Glance 2007. OECD Indicators, Paris.
- OECD (2007b), PISA 2006 - Schulleistungen im internationalen Vergleich. Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von morgen, Paris.
- OECD (2008), Education at a Glance 2008. OECD Indicators, Paris.
- OECD (2009), Education at a Glance 2009. OECD Indicators, Paris.
- Pfeiffer, Friedhelm (2001), Training and Individual Performance in Europe: Evidence from Microeconomic Studies, in: Pascaline Descy, Manfred Tessaring (Hrsg.), Training in Europe. Second report on vocational training research in Europe: background report, Luxembourg, S. 7-41.
- Pritchett, Lant, Deon Filmer (1999), What education production function really show: a positive theory of education expenditures, in: Economics of Education Review (18), S. 223-239.
- Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung (1998), Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung, Diskussionspapiere, 1, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2007), Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Wiesbaden.

- Statistische Bundesamt (2003), Finanzen und Steuern. Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2000, Fachserie 14 / Reihe 3.4, Metzler/Poeschel, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildungsfinanzbericht 2009, Wiesbaden.
- Sturn, Richard (2002), Öffentliche Hochschulfinanzierung und Verteilungswirkungen, in: Dieter Dohmen, Birgitt A. Clevers (Hrsg.), Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung. Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule, Schriften zur Bildungs- und Sozialökonomie, Band 1, Bielefeld.
- Sturn, Richard, Gerhard Wohlfahrt (1999), Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen, Wien.
- Wacker, Konstantin (2007), Teure neue Lehrstellen. Eine Untersuchung zur Effizienz des Blum-Bonus, Abteilung Wirtschaftspolitik, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich Abteilung Wirtschaftspolitik, Wien.
- Wilhelm, Rainer, Thomas Baumann (2006), Im Fokus: Ausgaben je Schüler/-in 2004, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.